

Bunte Wahlprogramme, blasse Kandidaten

Zur Bundestagswahl 2021

Am 26. September 2021 findet die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag statt. 54 Parteien nehmen daran teil, 15 weitere Wahlvorschläge wurden vom Bundeswahlausschuss und nach Einlegung einer Beschwerde vom Bundesverfassungsgericht zurückgewiesen. Von den zugelassenen Parteien sind sieben bislang im Bundestag vertreten, zwei weitere in mindestens einem Landtag. Das Spektrum der Wahlvorschläge reicht von der Tierschutzallianz und der Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative (DIE PARTEI) über die Europäische Partei LIEBE, einer Partei für Gesundheitsforschung, die GRAUEN PANTHER und die V-Partei³–Partei für Veränderung, Vegetarier und Vegane, bis hin zur DU (Die Urbane. Eine HipHop-Partei) und der Partei für Kinder, Jugendliche und Familien, Lobbyisten für Kinder. Soll einer noch sagen, Deutschland wäre nicht bunt geworden. Das gilt insbesondere für Wahlversprechen. Wie wenig der Wähler darauf gibt, wird man am Wahlergebnis der PARTEI ablesen können, die mit ihrer Forderung nach einer „Bierpreisbremse“ und dem Vorschlag, an Steilküsten, Bau- und Badestellen, Bahnsteigkanten, Radwegen und Bananenschalen wirkmächtige Schilder mit der Aufschrift „Karl Lauterbach warnt“ aufzustellen, eigentlich gute Chancen hätte, die Fünf-Prozent-Hürde zu knacken.

In kaum einem Wahlkampf zuvor wurde die Auseinandersetzung um die 299 Direktmandate und eine noch nicht feststehende Zahl von Listen- und Überhangmandaten so sehr geprägt von Defiziten des Spitzenpersonals der Parteien. CDU und CSU rangen in den vergangenen Monaten ebenso um die Kandidatur ihres Kanzlerkandidaten wie Bündnis 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und die AfD. Viele Parteigänger hadernten anschließend mit der getroffenen Entscheidung oder tun es – wie Markus

Söder und die CSU – immer noch. Die SPD nominierte den zuvor bei der Wahl zum Parteivorsitz gescheiterten Olaf Scholz als ihre Nummer eins. Allen Unkenrufen zum Trotz punktet der Kühle aus dem Norden seither in den Umfragen. Vielleicht, weil er in seiner spröden Art das männliche Pendant zur jetzigen Amtsinhaberin ist? Lediglich bei der FDP verlief die Auswahl des Spitzenkandidaten geräuschlos, was sich ebenfalls mit guten Prognosezahlen der Meinungsforschungsinstitute auszählte.

Posen und Possen

Seit der Entscheidung über die Kanzler(innen)kandidatur ist keine Rede mehr von den Wahlprogrammen der Parteien und ihren Plänen, wie das Land künftig regiert werden soll. Nicht Inhalte, nicht die politischen Herausforderungen der Innen- und Außenpolitik, von denen es wahrlich eine Menge gibt, bestimmen den Wahlkampf, sondern die Soft Skills der Kandidatinnen und Kandidaten. Um das höchste Regierungsamt einer

der wichtigsten Industrienationen der Welt findet ein Schaulaufen statt, das – medial betrachtet – eher an ein Format wie „Germany’s Next Topmodel“ oder „Deutschland sucht den Superstar“ erinnert, als an eine ernsthafte politische Debatte. Darunter leidet der unionsseitig ins Rennen geschickte Amin Laschet (mit

Regierungserfahrung als Ministerpräsident von Nordrhein-West-

falen) ebenso wie die von den GRÜNEN nominierte Bewerberin Annalena Baerbock (ohne jedwede Regierungserfahrung).

Beide scheinen ein besonderes Talent für Fehlritte ins politische Fettnäpfchen als Qualifikation mitzubringen.

Die eine nahm’s recht leicht mit der phantasievollen

Zusammenstellung ihres Lebenslaufs („Völkerrechtlerin“ mit

abgebrochenem Promotionsstipendiat), der andere (mit dem akademischen „Highlight“, dass ihm als Dozent 2015 Abschlussarbeiten eines Kurses an der RWTH Aachen verlustig gingen, was ihn nicht davon abhielt, die nicht mehr vorhandenen Klausuren dennoch zu bewerten). Armin Laschet wurde seinem Ruf als rheinische Frohnatur ausgerechnet bei einer gummistiefel-bewehrten Begehung der im Juli flutwassergeschädigten Ahr-Region gerecht, als er statt der (politisch korrekten) Bittermiene sich zu Possen hinreißen ließ, während der Bundespräsident zu den Flutopfern sprach. Was wieder einmal dem Satz zur Geltung verhalf, wonach ein Bild mehr sagt als tausend Worte.

In diesem Sinn zeigte Frau Baerbock einen geschickteren Umgang mit dem Polit-Posing (siehe SPIEGEL-Titelbild 17/2021). Laschet dagegen wählte eher die falschen Posen und kam sich auch nicht peinlich vor, als er von seinen Beratern vor einem aufgeschütteten Müllhaufen zu einem Pressestatement aufgestellt wurde. (Wen es bei diesen Bildern schüttelt, dem seien die legendären Bundestagsdebatten auf Youtube emp-

fohlen, z. B. Rainer Barzels Begründung des Misstrauensvotums gegen Helmut Schmidt, die Replik von Willy Brandt, selbst noch die Einlassungen von Hildgard-Hamm-Brücher und Heiner Geißler.)

Wer fragt noch nach Inhalten ?

Bei soviel Klatsch und Tratsch braucht es eigentlich kein Programm mehr, für das sich der Wähler interessieren muss, zumal klare Aussagen in der Regel einen gewaltigen Shitstorm in den fälschlicherweise so genannten „sozialen“ Medien zur Folge haben. Wer sich auf politische Konzepte festlegt, riskiert Kritik bis hin zu handfesten Drohungen von Teilen des Wahlvolks. Also gilt es, sich in unverbindlichen Phrasen zu verbreiten, die jederzeitige Korrekturen bis hin zur Kehrtwende zulassen. Eine große Zahl von Wählern will es offenbar so.

Beispiel: CO₂-Bepreisung. Allen Verantwortlichen ist klar, dass die bislang vorliegenden Beschlüsse auf internationaler Ebene nicht ausreichen, um den – zuletzt durch Hitze und Starkregen in Mitteleuropa offenkundig gewordenen Klimawandel – zu stoppen. Dennoch muss Deutschland zur Erreichung der Klimaschutzziele einen nachhaltigen Beitrag leisten. Zum Beispiel durch die Beschränkung von Flugreisen? Aber bitte nicht nach Malle! Tempolimit 130? Vielleicht nach der Wahl. Höhere Benzinpriese? Aber bitte sozialverträglich. Wenn drastische Maßnahmen nicht mehr zu vermeiden sind, kann sich die Politik neuerdings hinter der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutzgesetz verstecken, das von der Politik konkrete Entscheidungen zur Erreichung der in Art. 20 a Grundgesetz vorgegebenen Klimaschutzziele verlangt, siehe BVerfG, Beschluss des Ersten Senats vom 24. März 2021 - 1 BvR 2656/18 -, Rn. 1-270.

Beispiel: Rentensystem. Die Debatte über die vom Wissenschaftlichen Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium im Juni prognostizierten „schockartig steigenden Finanzierungsprobleme in der gesetzlichen Rentenversicherung ab

2025“, wurde von der amtierenden Bundesregierung für beendet erklärt, bevor sie richtig begann. Dabei wäre es doch wichtig zu wissen, wie die Parteien sich zum Vorschlag der Fachleute stellen, das Renteneintrittsalter an die Lebenserwartung zu koppeln.

Neue Kampfbegriffe

Inhaltliche Positionen in den Wahlprogrammen der Parteien werden von den aktuellen Geschehnissen, vor allem von der Corona-Pandemie geprägt. Eine politische Auseinandersetzung über die damit in Zusammenhang stehenden Entscheidungen, der Rechtfertigung und Verhältnismäßigkeit von Grundrechtseinschränkungen, findet allerdings kaum statt. Wahrheiten, z. B. dass wahrscheinlich nur eine Impfpflicht (wie früher gegen die Pocken) SARS-CoV 2 unter Kontrolle bringen wird, bleiben unausgesprochen.

Statt dessen tobt der Meinungskampf auf Nebenkriegsschauplätzen. Neben der libertitären Identitäts-Diskussion zählt dazu die Gender-Debatte, die selbst eine Vorzeige-Linke wie Sarah Wagenknecht in ihrem Buch „Die Selbstgerechten“ zu der Frage verleitet, ob man mit diesen Themen bei der eigenen Klientel noch politikfähig erscheint. Einer ernsthaften Auseinandersetzung mit diesem egalitären Anspruch einer Minderheit, der die Gesellschaft radikal verändern kann und den alten, ökonomisch geprägten Rechts-Links-Konflikt längst in den Schatten stellt, gehen die etablierten Parteien wegen des Gender-Mainstreaming aus dem Weg. Dabei steht gerade hier das demokratische Prinzip auf dem Prüfstand. Persuasive Sprache ist mehr als Semantik, sie verändert Politik.

Ein positiv besetzter Schlüsselbegriff im sprachlichen Meinungskampf, der die politischen Statements neben Klima, Gender und Bio-Essen beherrscht, lautet „Digitalisierung“. Stellt sich die Frage, warum das Thema nicht längst energischer angepackt wurde. Nicht einmal die Zahl freier Intensivbetten ließ sich auf dem Höhepunkt der Corona-Wellen elektro-



nisch ermitteln. Standard beim Datenaustausch scheint immer noch die Fax-Technologie zu sein.

Nachhaltige Gesundheitspolitik? Fehlanzeige!

Hätte die Digitalisierung nicht wenigstens in die elektronische Kommunikation Einzug gehalten, würde sich die Feder des Autors dieses Beitrags bei der Beschreibung von Aussagen der Parteien zur Gesundheitspolitik sträuben. So versprechen CDU und CSU doch tatsächlich, dass alle Bürgerinnen und Bürger künftig (ohne weitere Zeitangabe) einen digitalen, wohnortnahen und möglichst barrierefreien Weg, zum Beispiel zur Hausarzt-, Facharzt-, Zahnarzt- und Notfallversorgung, zu Apotheken, Hebammen, Physiotherapeuten, Gesundheitshandwerken und Sanitätshäusern haben werden. Dabei gibt es die Telefonsprechstunde mittlerweile bereits. (Wie die Behandlung von Zahnschmerzen digital erfolgen könnte, wurde von der Union noch nicht definiert.)

Bei der Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung setzen Christdemokraten und Christsoziale weiter auf einkommensabhängige paritätische Beiträge, Eigenbeteiligung und einen Steueranteil für versicherungsfremde Leistungen, „der dynamisiert und an die tatsächlichen Kosten der versicherungsfremden Leistungen und deren Entwicklung gekoppelt wird.“

Grüner Ladenhüter Bürgerversicherung

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lassen auch bei dieser Bundestagswahl keinen Zweifel, dass sie – zumindest auf dem Papier – für eine „Bürgerversicherung“ als gemeinsames Versicherungssystem privater und gesetzlicher Krankenkassen eintreten, bei dem „im Gegensatz zu heute“ alle Versicherten solidarisch an der Finanzierung beteiligt werden. (Kann man einmal erklären, warum jemand, der sich privat gegen Lebensrisiken

versichert, was in der Regel mit höheren Beiträgen bezahlt werden muss, „unsolidarisch“ handelt? Zumal dann, wenn er (oder sie) als Steuerzahler zu solidarischen Steuerzuschüssen zu den Leistungen für gesetzlich Versicherte – ungefragt – mit herangezogen wird?).

Immerhin wollen DIE GRÜNEN so viel Wahlfreiheit erlauben, dass sich Versicherte unabhängig vom Einkommen für eine private oder gesetzliche Absicherung entscheiden dürfen. Anders als derzeit sollen dann alle Einkunftsarten in die Beitragsbemessung der gesetzlichen Krankenversicherung einbezogen werden. Stellt sich die Frage, ob Bürger mit steuerlichem Negativeinkommen dann beitragsfrei gestellt werden. Die private Krankenversicherung darf auch in der Bürgerversicherung fortbestehen, weil sich alle ihre Versicherten am Solidarausgleich beteiligen. Aber wie? Auch für das Verständnis des folgenden Satzes aus dem Wahlprogramm braucht es viel grüne Phantasie: „Mit der Bürgerversicherung werden die Nachteile für gesetzlich Versicherte aufgehoben und alle gut versorgt, auch Privatversicherte mit geringen Einkünften.“

SPD: Personalisierte Medizin für alle

Die Sozialdemokraten versprechen die Förderung der Forschung zur „personalisierten Medizin“, die (was denn: Förderung, Forschung oder Leistungen?) zu „erschwinglichen Preisen für alle zugänglich“ sein soll. Und dann folgendes Statement: „Maßgefertigte Produkte statt Präparate ‚von der Stange‘ sind Anfang einer neuen Gesundheitswirtschaft und einer neuen Zeit der adaptiven Zulassung von Medikamenten. Personalisierte Medizin bewirkt eine Veränderung im Verhältnis von Behandlung und Diagnostik. In der Zukunft wird es mehr Produkte geben, bei denen ein diagnostischer Test mit einem Medikament als Einheit angeboten wird. Diese Leistungen müssen allen Bürger*innen zur Verfügung stehen – auch bei Medikamenten brauchen wir einen Sicherstellungsauftrag.“

Wie das finanziert werden soll? Durch

die Bürgerversicherung. Sie allein garantiert einen gleich guten Zugang zur medizinischen Versorgung für alle, als gäbe es das heute nicht. Um das Ganze noch zu toppen, stellt die SPD dann fest: „Gesundheit ist keine Ware, deshalb müssen in unserem Gesundheitssystem die Bürger*innen im Mittelpunkt stehen.“ Ist natürlich auch ein völlig neuer Ansatz, oder? Erklärungsbedürftig – zumindest aus Sicht der Leistungsträger im Gesundheitssystem – ist folgende Forderung: „Gewinne, die aus Mitteln der Solidargemeinschaft erwirtschaftet werden, sollen verpflichtend und weitestgehend wieder in das Gesundheitssystem zurückfließen.“ Dieselbe Formulierung findet sich fast wortgleich im Programm der LINKEN.

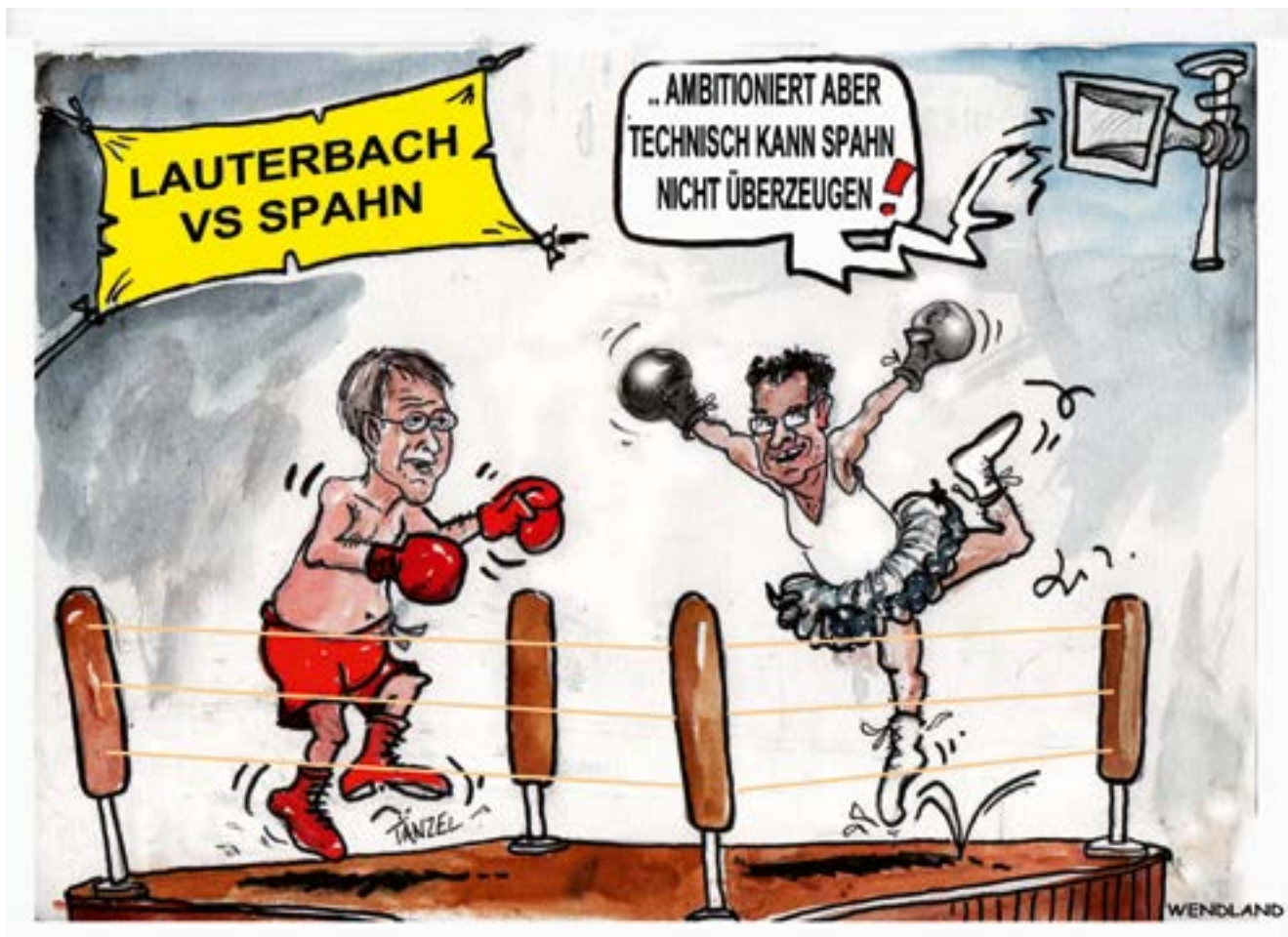
FDP: Stärkung der Freien Berufe

Die Freien Demokraten stellen sich auf die Seite der Freien Berufe im Gesundheitswesen. Im Wahlprogramm heißt es dazu: „Der Freie Beruf ist das Fundament einer liberalen Gesundheitsversorgung. Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass auch weiterhin die Freien Berufe im Gesundheitswesen gestärkt werden. Niedergelassene Ärztinnen und Ärzte, Zahnärztinnen und Zahnärzte, Tierärztinnen und Tierärzte, Apothekerinnen und Apotheker, Heilmittelerbringerinnen und Heilmittelerbringer sowie Hebammen und Geburtshelfer müssen in medizinischen Fragen autonom und frei von Weisungen Dritter entscheiden können. Denn die Therapiefreiheit der Behandlung ohne Budgetierungszwang kommt den Patientinnen und Patienten zugute. Freiheit und Verantwortung sind die Basis der Vertrauensbeziehung zwischen Ärztin und Patient.“ Freie Demokraten wollen auch die Entbürokratisierung des Gesundheitswesens vorantreiben.

AfD – Von Allem etwas

Gesundheitspolitik zählt sicher nicht zu den Alleinstellungsmerkmalen der „Alternative für Deutschland“ (AfD). Bei Durchsicht des Wahlprogramms entsteht der Eindruck, als habe sich die Partei in





ihrem Wahlprogramm bei anderen Parteien „bedient“, um dann ihre Positionen zu entwickeln. Dazu zählt der Vorschlag, Gesundheit als Teil des Sozialstaats öffentlich zu organisieren. Wie weit die Partei bei der Verstaatlichung des Gesundheitswesens gehen will, bleibt offen. Der Gedanke einer „Solidarischen Gesundheitsversicherung“, bei der Alle mit allen Einkommen einzahlen, klingt nach Bürgerversicherung. Und die Forderung, dass Zuzahlungen und Leistungsausschlüsse, wie etwa bei Brillen und beim Zahnersatz, bei Arzneimitteln und im Krankenhaus oder bei der Physiotherapie, wegfallen müssen, findet sich in ähnlicher Form bei der LINKEN.

Linke Rechenkünste

Ähnlich wie SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert auch DIE LINKE ein neues Finanzierungsmodell für eine „Solidarische Gesundheitsvollversicherung“, was nichts anderes bedeutet als Bürger-

versicherung: „Alle zahlen ein, Beiträge werden auf alle Einkommen erhoben, alle werden gut versorgt. Zuzahlungen und Eigenanteile fallen in Zukunft weg.“ So einfach ist das.

Nach Ansicht der LINKEN sinkt mit der Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze der Beitrag für die Krankenversicherung auf etwa 12 Prozent des Bruttolohns. Das hat natürlich seinen Preis: „Bis zur Einführung einer Solidarischen Gesundheitsversicherung müssen sich die Beiträge für Selbstständige und andere freiwillig in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) Versicherte stärker am realen Einkommen orientieren.“ Der allergrößte Teil der Bevölkerung werde durch dieses Konzept finanziell entlastet, „auch viele Selbstständige und Rentner. Arbeitgeber und Versicherte zahlen jeweils die Hälfte, also dann weniger als sechs Prozent.“ Wie sich das rechnet, bleibt offen. Immerhin setzt sich die Partei für eine bessere Bezahlung der Gesundheits- und Heilberufe ein. Ob DIE LINKE dann auch für eine An-

hebung des Punktwertes in GOÄ und GOZ eintreten wird?

Wer gewinnt die Wahl?

Vor vier Jahren schloss der Beitrag zur Bundestagswahl an dieser Stelle mit der Prognose: „Die Fakten sprechen für Angela Merkel.“ Diesmal wird Alles anders sein. Nicht nur weil die Amtsinhaberin aufhört. Auch weil es schwer fällt, eine Entscheidung der Wählerinnen und Wähler aufgrund von Fakten zu prognostizieren. Vielmehr wird die Performance der Kandidaten in den letzten Tagen vor der Wahl entscheiden, wer Kanzler wird, Olaf Scholz oder Armin Laschet. Gleiches gilt für die Frage, ob Karl Lauterbach (SPD) dann Jens Spahn (CDU) als Gesundheitsminister ablöst. Geht es nach der Medienpräsenz, hat er das bereits. ■

*Rechtsanwalt Peter Knüpper
München*